

Für nachhaltige Kommunen in der Einen Welt

UNS GEHT'S UMS GANZE

Eine gerechte und nachhaltige Welt zu schaffen, ist ein Kernanliegen grüner Politik.

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen wir daher seit jeher eine Politik, die vor Ort handelt, aber global denkt.

Die Weltgemeinschaft der Vereinten Nationen hat 2015 die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) vereinbart. Für ihre Umsetzung spielt kommunale Entwicklungszusammenarbeit eine zentrale Rolle. Denn Kommunen wissen am besten, was vor Ort gebraucht wird. Diese Expertise ist notwendig: Zwei Drittel der SDG-Unterziele können laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) nur zusammen mit Regionen, Städten und Gemeinden erreicht werden.

So ist es eine gute Nachricht, dass sich die Anzahl an Partnerschaften mit Kommunen auf dem afrikanischen Kontinent laut Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammen-

arbeit und Entwicklung (BMZ) seit 2010 versechsfacht hat.

Das Engagement vor Ort ist vielfältig. Mittlerweile gibt es zahlreiche Städtepartnerschaften: von Verwaltungs- bis Klimapartnerschaften. Gemeinden kooperieren bei der Daseinsvorsorge oder befassen sich mit fairer Beschaffung. Auf kommunaler Ebene gelingt es zudem besonders gut, die Zivilgesellschaft einzubeziehen, um Dezentralisierung und Demokratie zu fördern.

Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass die Kommunen bereits mit vielen Herausforderungen konfrontiert sind – und Entwicklungszusammenarbeit keine Pflichtaufgabe ist. Wir Grüne im Bundestag setzen uns daher mit unseren Initiativen dafür ein, Kommunen bei ihrer Arbeit im Bereich der Eine-Welt-Zusammenarbeit bestmöglich zu unterstützen.



Foto: picture alliance / photothek | Thomas Imo

NOCH FRAGEN?

20/30

ZUM WEITERLESEN:

- www.gruene-bundestag.de/entwicklungszusammenarbeit

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

20/10375 Zehn Jahre russischer Krieg gegen die Ukraine – Die Ukraine und Europa entschlossen verteidigen (Antrag)

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion

Fachbereich 4:
Internationale Politik und
Menschenrechte

Karoline Otte MdB

TEL 030 227 56789
info@gruene-bundestag.de

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Grüne Prioritäten zur Stärkung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

Unser Ziel ist es, dass die Zahl der entwicklungspolitisch engagierten Kommunen noch weiter wächst.

Über die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW, skew.engagement-global.de) bündelt das BMZ bereits einen Großteil des kommunalpolitischen und bürgerschaftlichen Engagements in der Entwicklungszusammenarbeit. Wir möchten unsere bundespolitische Arbeit künftig enger mit den Ländern und Kommunen verzahnen.

1. Kommunales Engagement auf allen Ebenen stärken

Wir möchten den Austausch zwischen den föderalen Ebenen ausbauen, beispielsweise über die Erarbeitung einer Strategie zur dezentralen Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit Ländern und Kommunen. Wir integrieren die kommunale Expertise auch in internationale Austauschformate. Dazu beziehen wir kommunale Vertreter*innen in deutsche Verhandlungsdelegationen beispielsweise zur UN-Weltklimakonferenz ein, denn sie setzen die beschlossenen Maßnahmen vor Ort um. Wir setzen uns dafür ein, dass Städte und Kommunen innerhalb der Vereinten Nationen stärker institutionell einbezogen werden.

2. Einstieg erleichtern, kleinere Kommunen fördern

Wir möchten auch kleine Kommunen für das Engagement gewinnen. Deshalb gestalten wir die Einstiegsangebote der SKEW niedrigschwellig und bürokratiearm. Die von der SKEW-geförderten Fachkräfte zur Koordinierung der entwicklungspolitischen Aktivitäten in der Kommune sind für dieses Ziel zentral.

Auch die Zusammenarbeit von Kommunen in trilateralen Partnerschaften kann es kleineren Kommunen erleichtern, eine Partnerschaft einzugehen. Denn sie verteilen die Verantwortung für eine aktive Partnerschaft auf mehrere Schultern. Wir unterstützen diese Dreieckspartnerschaften und rücken sie auch auf EU-Ebene stärker ins Zentrum. Die Rahmenbedingungen vereinfachen wir gemeinsam mit den Ländern.

Das deutsch-ukrainische kommunale Partnerschaftsnetzwerk zum Beispiel hat seine Partnerschaften seit Beginn des russischen Angriffskriegs verdoppelt. Städte und Gemeinden folgen dem Prinzip des Voneinanderlernens und bilden gleichberechtigte Partnerschaften, die auch in herausfordernden Zeiten langfristig bestehen bleiben. Wir Grüne im Bundestag setzen uns für eine Ausweitung der Partnerschaften ein, indem



wir das Angebot der SKEW digitaler und flexibler machen.

Von den positiven Erfahrungen der Zusammenarbeit mit ukrainischen Kommunen können wir lernen. Das Konzept der Solidaritätspartnerschaften bzw. Solidaritätsbetreiberpartnerschaften – also die nicht formalisierte Zusammenarbeit zur zielgerichteten Unterstützung – wollen wir auf weitere Regionen der Welt ausweiten. Gerade im Krisenfall sind diese Partnerschaften schnell aufgebaut und Kommunen sind direkt in der Lage, sich gegenseitig zu unterstützen.

4. Betreiberpartnerschaften ausweiten

Bis zum Jahr 2050 werden voraussichtlich zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben. Im Globalen Süden ist das urbane Wachstum besonders ausgeprägt – mit all seinen Herausforderungen: Wie können wir dort beispielsweise Treibhausgase reduzieren, den Müll zuverlässig entsorgen oder eine sichere Wasserversorgung bereitstellen? Unser Ziel ist es, eine verlässliche und gleichberechtigte Versorgung aller Einwohner*innen mit diesen grundlegenden öffentlichen Gütern zu erreichen.

Betreiberpartnerschaften sind ein Weg dorthin. Bereits jetzt arbeiten kommunale Betreiber im Bereich der Wasserversorgung direkt zusammen. Hier liegt Potenzial, die Zusammenarbeit auszubauen und sie beispielsweise auf die Abfallentsorgung auszuweiten. Dafür ist es wichtig, den partnerschaftlichen Austausch kommunaler Betreiberdienste zu fördern. Das tun wir, indem wir Betreiber dabei unterstützen, Auslandsaufenthalte für Mitarbeiter*innen zum Praxisaustausch zu ermöglichen: für Fachkräfte aus Deutschland in Betrieben in Ländern des Globalen Südens – und umgekehrt.

3. Städtepartnerschaften stärken

Den Partnerschaften zwischen Städten, Gemeinden und auch Landkreisen kommt eine besondere Bedeutung zu. Dies zeigt sich gerade im konkreten Krisenfall, bei Naturkatastrophen wie Erdbeben oder Überschwemmungen ebenso wie bei Kriegen oder gewalttätigen Konflikten. Hier sorgen Städtepartnerschaften für kurz- und langfristige Hilfe.

